DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Die nächste Landesvorstandssitzung findet am 31. Mai statt!

Juni 06/1999

NPD-Pleite am 1. Mai

Am 1. Mai erlitt die NPD in Bremen eine schwere Niederlage. Ihre geplante Großdemo- und Kundgebung wurde von der Innenbehörde verboten, ihre Beschwerden durch drei Instanzen, zuletzt am Vorabend des 1. Mai vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Auch Ausweichversuche nach Bremerhaven, Oldenburg und Hannover wurden behördlich untersagt. (Ihre Kandidatur zur Bürgerschaftswahl steht zudem unter dem Makel, Unterstützungsunterschriften gefälscht zu haben.)

NPD-Demonstranten tauchten Bremen nur vereinzelt auf, die meisten blieben zu Hause, wurden unterwegs von der Polizei abgegriffen oder versuchten sich in kleineren Ortschaften abzureagieren. Die NPD meldete für den 23.Mai in Bremen-Blumenthal und den 29. Mai in der Innenstadt erneut Umzüge und Versammlung an.

Statt dessen fand im Bremer Osten die bundesweite Demonstration "Null Nazi-aufmarsch in Bremen" mit ca. 3.000 TeilnehmerInnen trotz vorherigen Verbotes statt. Die Einsatzleitung der Polizei genehmigte sie als "Spontandemo" und das auch noch auf der von der NPD geplanten Route. Zu Zwischenfällen kam es trotz des größten Polizeiaufgebotes in der Bremer Nachkriegsgeschichte nicht.

Die Mai-Demo und die Kundgebung des DGB, inklusive eines "Rock gegen Rechts"-Konzertes fanden wie jedes Jahr im Stadtzentrum statt, standen jedoch deutlich unter dem Eindruck der neofaschistischen Provokation. An Plakaten, Transparenten, am Andrang am Stand der VVN-BdA, die ihre Neofaschismus-Ausstellung im Maizelt aufgebaut hatte, in vielen Gesprächen, wurde die ganze Gefühlspalette deutlich: Erleichterung, Zorn, aber auch Angst.

Im vor allem betroffenen Stadtteil Tenever fand ein multikulturelles Straßenfest statt, einige gewerkschaftliche Gruppen formierten sich als Anti-Kriegs-Block inder DGB-Demo.

Die komplette Ablehnung der NPD-Demo, die in Dutzenden von Stellungnahmen und Presseberichten deutlich wurde, ließ dem Innensenator Borttscheller (CDU) keine andere Wahl als das Verbot. Die Begründung beschränkte sich auf die verfahrenstechnische Seite - am 1. Mai sein nicht genügend Polizei aufzutreiben gewesen - oder argumentierte mit dem Links-Rechts-Schema. Borttscheller bedankte sich ausdrücklich bei der NPD dafür, daß sie sich an das Verbot gehalten habe, mokierte sich hingegen über die "Araberfeudel" (Palästinensertücher) einiger "linksextremistischer" Gegendemonstranten.

Thomas

Soweit die Zunge reicht

Borttscheller zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Im Bundesrat gab Bremens Innensenator Ralf H. Borttscheller am 30.04.1999 eine persönliche Erklärung zur erleichterten Einbürgerung ab. "Unverantwortlich" erscheint ihm, "gegen die schweigende Mehrheit unseres Volkes zu entscheiden". Denn: "Das Staatsangehörigkeitsrecht darf nicht länger als Schlüssel zur stärkeren Integration der bei uns dauerhaft lebenden Ausländer dargestellt werden. Das hat nichts mit der Realität zu tun. Was nützt ein deutscher Paß, wenn man der deutschen Sprache nicht mächtig ist?"

Von wem spricht der Senator? Meint er die Spätaussiedler, denen Sprach- und Integrationskurse zunehmend gekürzt werden? Die haben aber doch in der Regel den deutschen Paß, wenn viele von ihnen auch der deutschen Sprache oft nicht mächtig sind. Oder zielt er darauf, daß Arbeitsmigranten nach 20-30 Jahren endlich ein staatlich finanziertes Sprachprogramm erhalten können? Oder, ketzerisch gefragt, will er gar alle Menschen deutscher Zunge, wo auch immer sie sich aufhalten mögen, mit der deutschen Staatsangehörigkeit beglücken, für die Wechselfälle des Lebens?

Vielleicht treibt ihn aber auch nur die Sorge, es könnte dem einen oder anderen Neubürger nicht auffallen, daß Deutsche nach Artikel 16 des Grundgesetzes abgeschoben werden dürfen.

Raimund

Gefahr für die öffentliche Sicherheit

"Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit (...) liegt auch dann vor, wenn die Versammlung (...) erkennbar darauf abzielt, Teile der Bevölkerung auszugrenzen und einzuschüchtern oder extrem zu provozieren (...) Der Umzug einer Marschkolonne mit Trommeln und Parolen, der überwiegend durch Wohnstraßen mit besonders hohem Ausländeranteil führen soll, zielt (...) deutlich darauf ab, den Ausländern in ihrem unmittelbar privaten Umfeld in einschüchternder Weise vor Augen zu führen, daß sie unerwünscht sind (...) Er muß von den Betroffenen als manifeste Bedrohung ihrer Existenz empfunden werden".

"Humanitäre" Begründung - doch nur ein durchsichtiger Vorwand

Wir dokumentieren einen Auszug aus dem Mitteilungsblatt des Fördervereins Emslandlager-Gemeinschaft in Papenburg zur Bedeutung des antifaschistischen Vermächtnisses angesichts des Nato-Angriffskrieges gegen Jugoslawien. Es ist unterzeichnet von unserem Kameraden Georg Gumpert als 1. Vorsitzenden der Lagergemeinschaft und von ihrem Kassierer Gerd Krüger.

Da sich die Bundesregierung immer mehr moralischer Argumente für eine Fortsetzung des NATO-Angriffs bedient, ist die Zurückweisung dieser Rechtfertigung auf derselben Ebene wichtig. (für die Redaktion - Raimund)

"Kameradinnen und Kameraden, nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus wurde der Schwur von Buchenwald: "Nie wieder Faschismus und Krieg" zum Vermächtnis für alle Antifaschisten. Auch für die Lagergemeinschaft ehemaliger Moorsoldaten wurde er zur Richtlinie des Handelns. An seine Aktualität werden wir in diesen Tagen durch den auf dem Balkan tobenden Krieg schmerzhaft erinnert. (...)
Der Überfall der NATO wird damit begründet, daß man den Vertreibungen der Kosovo-Albaner und den Übergriffen unter der Verantwortung Milosevics nicht länger zusehen konnte. Vertreibungen und nationalistische Übergriffe von serbischer Seite wer den von uns als Antifaschisten verurteilt. Wir verurteilen aber genauso den Terror der UCK. An der Eskalation der vergangenen Monate hat diese einen erheblichen Anteil. So berichtet der Vorsitzende der parlamentarischen Versammlung der OSZE, CDU-MdB Willy Wimmer:

" Die OSZE-Beobachter haben eindeutig gesagt, daß die jugoslawische Seite sich an die Oktobervereinbarungen (Waffenstillstandsabkommen) gehalten hat, und die UCK sie systematisch unterlaufen hat". Wimmer hält deshalb den NATO-Schlag gegen Jugoslawien für einen "sehr großen Fehler".

Ginge es der NATO wirklich darum, nationalistische Exzesse und ethnische Vertreibungen zu verhindern, so hätte sie dazu viele Möglichkeiten gehabt, dies unter Beweis zu stellen. Von den 700.000 Serben, die 1990 in Kroatien lebten, wurden 650.000 durch die kroatische Armee vertrieben. Kroatien ist heute de facto ein von Serben "gesäuberter" Staat. Von Protesten der NATO war nichts zu hören. Ganz im Gegenteil, für die Vertreibung wurden Kroatien deutsche und amerikanische Waffen geliefert und die kroatische Armee von US-Instrukteuren trainiert.

Den Kurden in der Türkei wird nicht nur jede Autonomie verweigert, für den "NATO-Partner" Türkei existieren Kurden überhaupt nicht, sondern nur "Bergtürken". Die türkische Armee führt seit vielen Jahren einen barbarischen Krieg gegen das kurdische Volk. Etwa 3 Millionen Kurden wurden vertrieben, fast 3.000 kurdische Dörfer zerstört. Auch dagegen wartet man vergeblich auf NATO-Proteste. Vielmehr haben die USA und Deutschland der Türkei die Waffen für diese "ethnische Säuberung" geliefert, und sie tun dies weiterhin.
Das macht deutlich: die "humanitäre" Begründung für den Krieg gegen Jugoslawien ist ein durchsichtiger Vorwand. Zudem ist in zwischen für jeden sichtbar, daß die NATO-Bomben Flucht und Vertreibung aus dem Kosovo nicht beendet oder gemildert, sondern erst in vollem Umfang herbeigeführt haben.

Der Krieg auf dem Balkan eskaliert. Schon werden in der NATO Szenarien für einen Bodenkrieg gegen Jugoslawien diskutiert. Es droht die Gefahr, daß Rußland in diesen Krieg hineingezogen wird. Daraus könnte sich ein mit Atomwaffen geführter neuer Weltkrieg entwickeln. Es ist höchste Zeit, daß den Kriegsbrandstiftern in den Arm gefallen wird. Wir sind als Antifaschisten gefordert, dazu unsen Beitrag zu leisten. Auf dem Hintergrund unserer bitteren Erfahrungen mit Krieg und Faschismus sollten wir mit aller Kraft eintreten:

- für den sofortigen Stop der NATO-Bombardements;

- für Verhandlungen zur friedlichen Lösung des Konflikts;

- für die gesicherte Möglichkeit zur Rückkehr aller Menschen in den Kosovo, die vor den NATO-Bomben und nationalistischen Übergriffen fliehen mußten, bei Gewährleistung der Souveränität und Integrität Jugoslawiens. (...)"

Georg Gumpert / Gerd Krüger

Tag der Befreiung vom Faschismus

Einleitende Worte von Hartmut Drewes am 27. April 1999 auf dem Osterholzer Friedhof

Heute vor 54 Jahren wurde Bremen vom Faschismus befreit. Diese Befreiung wurde damals vom größten Teil der Bevölkerung nicht als solche empfunden. Man nannte dieses Ereignis in der Folgezeit "Zusammenbruch". Froh war man nur darüber, daß der Krieg zu Ende war. Nur wenige sahen in diesem Tag einen Tag der Befreiung.

Es waren die, die gegen den Faschismus Widerstand geleistet hatten und diejenigen, deren Zeit als Inhaftierte, als KZ-Häftlinge, als Zwangsarbeiter oder rassisch Verfolgte damit beendet war. Die über 800 Menschen, deren sterbliche Überreste hier beigesetzt worden sind, hätten den 27. April 1945 weitgehend als Befreiung empfunden, wenn sie noch gelebt hätten.

Die Geschichte der Zeit des Nationalsozialismus ist längst noch nicht aufgearbeitet. Es laufen noch Prozesse gegen Verbrecher dieses Systems. Es leben noch Opfer, die bis heute nicht entschädigt worden sind. Die größte Gruppe unter ihnen ist die der Zwangsarbeiter. Sie haben zum Teil nicht einmal ihren Lohn erhalten. Sie haben bis heute keinen legalen Anspruch auf Entschädigung. Dagegen können die faschistisch orientierten Parteien sich legal an Wahlen beteiligen und haben ja auch schon Einzug in Parlamente gefunden, auch für kurze Zeit in das Bremer. Auch in die Bundeswehr fanden die Rechtsextremisten Eingang.
Den Opfern gegenüber, derer wir heute gedenken, sind wir verpflichtet, neue faschistische Entwicklungen zu verhindern oder zu stoppen. In unserem Land gibt es drei Nährböden für solche Entwicklungen:

1. Die äußerst eingeengte Asylpraxis. Die Diskussion für die neuen Asylgesetze hat zum Anzünden von Häusern und zur Jagd auf Menschen geführt bis in unsere Tage hinein. Es sind viele Tote zu beklagen.
2. Der Abbau des sozialen Netzes und der Abbau von Arbeitsplätzen in den letzten Jahren. Das schafft Unzufriedene, die sich solchen Gruppen zuwenden.
3. Der jetzige Krieg gegen Jugoslawien. Ja, wir befinden uns zum ersten Mal seit 54 Jahren wieder im Kriegszustand. Das ist vielen in unserem Land gar nicht bewußt, und das gegen ein Land, das schon einmal unter uns schwer gelitten hat. Für Rechtsextreme, die das Militärische und Gewalttätige geradezu verehren und verherrlichen, gibt dieser Tatbestand Signale.

Mag das heutige Gedenken hier am Gräberfeld ein Zeichen setzen gegen die Finsternis des Hasses und der Inhumanität, in dem Sinne des Verses aus dem 1. Johannesbrief: "Wer seinen Bruder haßt, der ist in der Finsternis".

Hartmut Drewes

Erinnerung baut Brücken

Einweihung eines Mahnmals für Homme Hoekstra durch Bürgerschaft und Senat am 6. Mai in der ehemaligen Tirpitz-Kaserne

Gröpelingen hat ein neues Mahnmal. Unter großer Beteiligung, weit über den Stadtteil hinaus, wurde am 6. Mai 99 das Mahnmal zum Gedenken an den am 26. Juni 1944 in Brandenburg-Görden hingerichteten Leeuwarder Zwangsarbeiter Homme Hoekstra eingeweiht. Im Vorfeld hatte der Senat für vier Tage die beiden Töchter Hoekstras mit Familie eingeladen, sowie Cees Ruyter, der als Zwangsarbeiter 1943/45 in der Kantine des Lagers Tirpitz arbeitete. Dreijährige Recherchen und das Auffinden der Prozeß- und Vollzugsakten ermöglichten es, nach einem halben Jahrhundert der Familie Hoekstra endlich Gewißheit über den Tod ihres Vaters und Großvaters zu verschaffen.

Es waren bewegende Augenblicke des Gedenkens daran, was Menschen in der Zeit des Dritten Reiches angetan wurde, wieviel persönlichen Leids. Bewußt, betonte die Familie, sehe sie das Mahnmal als Zeichen der Erinnerung an das System der Zwangsarbeit, das Schicksal der Zwangsarbeiter während des Krieges und danach. Cees Ruyter ist dafür zu danken, daß er es nach einem sehr anstrengenden Tag auf sich nahm, am Ort seiner Erinnerung einem großen und außerordentlich geduldigen Publikum seine Erfahrungen im System der Zwangsarbeit mitzuteilen, und für die ausführliche Führung zur und durch die AG Weser im Anschluß an die Einweihung.

Für ihn, der zum Ende seines Vortrags deutlich mit der Fassung ringen mußte, war die Einweihung des Mahnmals sicher ein kleines Zeichen gegen das Vergessen, da sein Schicksal Gröpelinger und Gröpelingerinnen nicht unberührt läßt. Sehr zu Unrecht wurde der Anteil der Freien Christengemeinde am Zustandekommen dieses Gedenkens von der Presse ausgespart. Von Anfang an hatten Vorstand und Geschäftsführer die Idee des Mahnmals unterstützt, noch bevor der Kauf der Liegenschaft perfekt war. Dieses Engagement kam auch im Grußwort von Herrn Oetjan anläßlich des Vortrags von Cees Ruyter in der ehemaligen Lagerkantine zum Ausdruck. "Wir freuen uns, daß wir auch unsererseits einen kleinen Beitrag leisten können gegen das Vergessen und Verdrängen der Geschehnisse und des Leides, das Menschen durch den Faschismus und den Naziterror vor mehr als 50 Jahren auch hier an diesem Ort erdulden und erleiden mußten". Schüler der Mentor Schule werden im Projekt-Unterricht die Geschichte des Lagers Tirpitz weiter erforschen und dokumentieren.

Die Errichtung des Mahnmals für wenigstens 5.000 Zwangsarbeiter in Gröpelingen war eine politische Geste des Beirats, ein Zeichen dafür, daß nur die Erinnerung einen Weg in Richtung eines gutnachbarschaftlichen Verhältnisses bahnt, im Stadtteil wie nach außen. Dies verdeutlichte Anfang Mai eine Sendung von Radio Vrij Friesland, in der zwei ehemalige Zwangsarbeiter, Gerben van der Berg und Herr F.L. Brameijer, sich recht klar für ein Aufeinander-Zugehen aussprachen. Ihre Erfahrungen in Bernburg, bzw. Berlin hätten sie gelehrt, nicht alle Deutschen über einen Kamm zu scheren.

Es habe sehr lange gedauert, bis sie einen Schritt auf Versöhnung zu gehen vermochten - Versöhnung, nicht Vergessen! - aber es hätten sich andauernde Freundschaften daraus entwickelt. Aufeinander zugehen hieß auch, daß Bürger aus Homme Hoekstras Heimatstadt Leeuwarden eigens mit einem Bus anreisten, um der Einweihung beizuwohnen. Unter ihnen waren eine Reihe von Menschen, die früher selbst Zwangsarbeit in Deutschland - auch in Bremen - verrichten mußten, Geerk Koopmans, Direktor des Widerstandsmuseums, Bürgermeister Tom Brinks, Ratsherren, Journalisten.

Es bleiben Fragen offen, das Todesurteil für Homme Hoekstra ist noch nicht aufgehoben, der Rad/Geh-Weg trägt noch nicht seinen Namen, die Frage der Pflege des Mahnmals ist noch einmal sehr gründlich zu besprechen. Familie Verdenius-Hoekstra hat den Wunsch zum Ausdruck gebracht, im Juli wieder nach Bremen zu kommen, um ihres Vaters zu gedenken. Dies aber wollen sie verbinden mit einer Festigung neu gewonnener Freundschaften in Bremen.

Um mit einem Wort des niederländischen Konsuls Hylke Boerstra zu schließen: "Auf Unterdrückung folgt Befreiung, auf Befreiung folgt Versöhnung - Versöhnung, nicht Vergessen!"

Raimund

Im Halse stecken geblieben

In einem Protest-Schreiben wandte sich Rainer Habel im Mai 99 an Dagmar Hilbert vom Design-Zentrum in der früheren Ostertorwache. Er mußte im Sonntagskurier lesen, daß im früheren GESTAPO-Folterkeller ein Design-Dinner veranstaltet wurde.

"Bei der Lektüre gestern morgen war mir meine Frühstückslaune leider vergangen! (...) Bis zuletzt haben wir uns für eine (Mit-)Nutzung des Kellers engagiert und wurden letztlich mit notariell-juristischen Formulierungen abgespeist! In der Arbeitsgruppe beim Staatsarchiv ist daher die Idee, dort unten gerettete Inschriften von ehemaligen Häftlingen per Plexiglas o.ä. vor das Gemäuer zu montieren und den Keller mit in Führungen der Dokumentationsstelle einzubeziehen! (...) Ich bin ein wenig wütend und traurig zugleich, daß dieser ja wohl nur von der GESTAPO für Sonder-Häftlinge genutzte Keller nun von Ihnen so, ja pietätlos umfunktioniert wurde! Mir wäre da fast alles im Halse stecken geblieben"!

In einem weiteren Schreiben an den Pressesprecher der Kunstsenatorin, Rainer Gausepohl, beklagt sich Rainer Habel über den "höchst unsensiblen Umgang mit dieser Liegenschaft":

"Oder habe ich das alles falsch verstanden mit BREMEN NEU ERLEBEN? Jedenfalls sehen wir im "Großen Fressen" im ex-Gestapo-Keller, daß dort designdinniert wurde, schon eine Geschmacklosigkeit!

Wir schlagen daher u.a. vor, dort dann bitte die nächste Pressekonferenz zur Dokumentationsstelle abzuhalten (...) und z.B. das ganz spezielle Kellergewölbe auch zu öffnen für zum historischen Thema passenden Lesungen, Vorträgen, Sonder-Ausstellungen o.ä.!"

Rainer Habel - (textl. bearb. Raimund)

Nie wieder Krieg - geht das?

lautete am 09. Mai 1999 die Aufforderung des Gröpelinger Bündnisses gegen rechts, sich angesichts der fortdauernden Bombardierung Jugoslawiens für nichtmilitärische Lösungskonzepte einzusetzen.

Konrad Kunick, einer der wenigen SPD-Bundestagsabgeordneten, die von Anfang an deutlich gegen jegliche NATO-Angriffe eingetreten sind, erläuterte seine pazifistische Grundhaltung: wann habe der Krieg jemals Dinge besser gestaltet, "wirklich zur Lösung von Dingen geführt"? Die Bombardierungen durch die NATO treffe Unschuldige, der Krieg stärke nur die innere Situation der angegriffenen Regierung. Die Ursache für Kriege liege immer im Inneren der Verhältnisse. Wer aber habe denn nachgedacht, wohin die Wehrbereitschaft im Grunde führe? Im Bundestag, so Kunick, gibt es inzwischen mindestens 120 Mitglieder, die nicht bereit sind, die bisherigen Einsatzbeschlüsse zu wiederholen, 71 alleine in der SPD-Fraktion. Uneinheitlich ist die Haltung allerdings gegenüber den wachsenden Flüchtlingsströmen.

Harm Ridder, Pastor in Blumenthal, engagiert sich seit zwanzig Jahren in der Friedensbewegung (Foto: Ernst Voigt)

Arendt Hindriksen sah sich als bündnisgrüner Pazifist vor der Schwierigkeit, seine eindeutige persönliche Stellungnahme und die Mehrheitsmeinung seiner Partei im Zusammenhang darzustellen. War die eindeutige Mehrheit der Bündnisgrünen vor drei Jahren für einen Einsatz der Bundeswehr in Bosnien, so findet sich heute eine große Anzahl der Parteimitglieder in der Forderung nach einer bedingungslosen Einstellung der Bombenangriffe auf Jugoslawien wieder. Viele derer, die ursprünglich für eine Bombardierung standen, hätten eingesehen, "daß die Voraussetzungen nicht mehr stimmen". Die Realpolitiker der Partei seien in dieser Frage gescheitert. Der Militärlogik gelte es die Friedensvision entgegen zu setzen, "denn ein Volk ohne Vision geht zugrunde". Scharpings demagogische Fernsehauftritte, das Tremolo in seiner Stimme, erinnern Arendt Hindriksen an die Propaganda der Sprache des "Dritten Reiches": "wir werden verschaukelt".

Manfred Osthaus, Vorsitzender der Stiftung Rüstungskonversion, distanziert sich deutlich von diesem Krieg. Das große Problem sieht er darin, daß die SPD mit Schröder "den Bundeskanzler in einer Situation zum Parteivorsitzenden wählte, wo er verantwortlich für diesen Krieg" zeichnet. Er sieht die Aufgabe der Friedensbewegung darin, "deutlich zu machen, was wirklich gespielt" wird, zur Aufklärung beizutragen, Brücken zu bauen. Eine politische Lösung könne nur unter dem Dach der UNO unter Beteiligung Rußlands erzielt werden. Bedingung sei die sofortige Einstellung aller militärischen Angriffe. Die Bundesregierung aufzufordern, die Beteiligung an der im NATO-Langzeitprogramm vorgesehenen Übernahme der Welt zurückzunehmen. Die Militärs haben schon klar signalisiert, daß sie den Krieg für verloren halten, da sie ihre Ziele nicht erreichen konnten. Einen Weg vor Ort konkret praktisch zu werden, sieht Manfred Osthaus in kleinen Gesprächskreisen mit dem Ziel, die unterschiedlichen Volksgruppen an einem gemeinsamen Tisch zusammenzubringen.

Der Bremer SPD-Landesvorstand habe sich als einer der ersten in der Partei gegen den Krieg ausgesprochen, führte Joachim Schuster aus. Nicht unterschätzt werden sollten Interventionen Schröders und Fischers zur Beendigung des Krieges. Es gebe "Schritte in die richtige Richtung", anders als Blairs Forderung nach einem Einsatz von Bodentruppen. Der Krieg mache keinen Sinn, keines der ursprünglichen Ziele könne realisiert werden. Der Kosovo sei nun fast frei von Albanern. Die Zerstörung der Verkehrswege führe nun dazu, daß Milosevic sein Ziel durchsetze, wenn es zu einem Rückzug kommt. Die Chancen einer Integration Jugoslawiens in die europäische Staatengemeinschaft sei um Jahre zurückgeworfen. Alle Kräfte seien zu unterstützen, die sich um die Einberufung einer Balkankonferenz mühten.

Von allem Anfang an stand die PDS gegen den Angriff auf Jugoslawien, führte Herbert Thomsen aus. Viele kluge Argumente gegen eine Fortsetzung dieses Krieges seien schon ausgeführt worden. Er habe die dumpfe Befürchtung, daß mit diesem Akt auch noch das letzte bißchen Grundgesetz zerstört werde. Widersprüchlich sei auch die Haltung des Auswärtigen Amtes, das bis in den März hinein Kosovo-Flüchtlinge zur Abschiebung freigegeben habe, da es keine ethnischen Säuberungen gebe. Nur zwei Wochen später wird von gleicher Stelle behauptet, die ethnischen Säuberungen dauerten schon so lange an, daß endlich eingegriffen werden müsse. Die zweite große Lüge sei mit dem Abkommen von Rambouillet verbunden. Wer es so darstelle, als ob wochenlang darüber verhandelt worden sei, als ob der freie Zutritt der NATO in ganz Jugoslawien etwas anderes sei als die Unterstellung des Landes unter die NATO, belüge den Bundestag. Die neue NATO-Strategie sei angelegt auf weitere Kriege. Naumanns Bundeswehr-Richtlinien von 1992 belegten, daß es der Regierung um weit mehr gehe als um den Einsatz oder Rückzug von 16 Tornados. Man könne sich da nicht mehr heraushalten. Es gehe um den sofortigen bedingungslosen Stopp aller Angriffe auf Jugoslawien.

Ernst Uhl beklagte, daß all das, was in den vergangenen 20-30 Jahren an Vertrauensbildung geschaffen wurde mit den Angriffen auf Jugoslawien total zerstört werde. Die Rechnung sei nicht aufgegangen. Anscheinend glaubten die Militärs wirklich, alles sei in drei Tagen zu erledigen. Innerhalb von einem Tagen nach seinem NATO-Beitritt wurde Tschechien ersucht sich am Krieg zu beteiligen, was das Volk nicht wolle. Mit Blick auf seine langjährige Versöhnungsarbeit in Lidice führte er aus, daß sie nur auf Grundlage eines Schuldbekenntnisses möglich wurde, dem Bekenntnis, aus dem Land zu kommen, das den Faschismus hervorgebracht hatte.

Es gehe darum, auf die Menschen zuzugehen, nicht als Besserwisser zu kommen, nicht die Mittel freigiebig zu verteilen, mit der Auflage wie sie zu verwenden seien. Soviel sei kaputtgegangen in Serbien in den vergangenen Wochen und Monaten, daß es wichtig sei, es wiederherzustellen. "Nie wieder Krieg" müsse die Forderung bleiben, wollen wir je dazu kommen einander die Hand zu geben.

Es läßt sich leicht vorstellen, daß bei den mehr als 50 Teilnehmern dieser Veranstaltung eine Menge Fragen zusammenkamen, von denen aber der gedrängten Zeit wegen nur ein Dutzend gestellt werden konnten. In der Schlußrunde konnten eine Reihe wichtiger Impulse für die weitere Arbeit in der Friedensarbeit im Stadtteil weitergegeben werden. Die Veranstaltung belegte die Notwendigkeit, das Gröpelinger Bündnis fortzusetzen und weitere Aktivitäten für die kommenden Monate anzugehen.

Raimund

Irgendwo ein Stück Bremer Geschichte

Der Autor Zeki Alptekin stammt selber aus Istambul und ist u.a. im Mosaik-Kulturhaus tätig

Menschen verlassen ihre Heimatländer sowie gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie bis dahin lebten, wandern aus in ein anderes Land und fangen an, dort zu leben, und zwar in einer ganz anderen Gesellschaft, anderen Verhältnissen. Sie arbeiten, versuchen in der neuen Gesellschaft ihre eigene Existenz fortzusetzen. Über diese Erscheinung, "Migration" genannt, wurde bisher vieles gesagt. Für MigrantInnen hat man angeblich "vieles" getan. (...)

Wenn man jedoch die "Problematik" hinsichtlich der Migration in Bremen betrachtet, daß es dabei um über 80.000 Menschen nicht deutscher Herkunft - etwa 12% der Gesamtbevölkerung - geht, mit ihren eigenartigen Kulturen, Moscheen und Kirchen usw., die ca. 6,5% aller sozialversicherungspflichtigten hierzulande ausmachen, gewinnt sie ganz andere Gewichtung. Wie geht die Einwanderungsgesellschaft an sie heran? Wie behandelt sie die Erscheinung "Migration"?

- Wenn ein Einwanderungsland die Einwanderung und die EinwandererInnen als bloße "immigrierte Arbeitskräfte" betrachtet, werden sie folglich wie ein Roboter, eine biologische Maschine aus Fleisch und Knochen behandelt, die auf Knopfdruck funktionieren und ausgetauscht werden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Vom Herkunftsland als devisenbringende Maschine ansehend exportiert, vom Einwanderungsland wiederum als bloße, billige an- und ungelernte Arbeitskräfte importiert, "Gäste" halt, deren Hälfte inzwischen mehr als 10 Jahre lang in Bremen ansässig ist. Eigentlich zu lange für einen "Gast". (...)

- MigrantInnenkinder etwa 10%igen Anteil an Schulen Bremens ausmachen, ihr Anteil an Sonderschulen ist jedoch doppel so hoch.

- Etwa ein Viertel der jungen Menschen ist nichtdeutscher Herkunft. Der Anstieg der Zahl der "ausländischen" Auszubildende hält jedoch bei weitem nicht Schritt mit dem Anstieg der "ausländischen" Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis unter 21 Jahren.

- Menschen ausländischer Herkunft sind mit über 20% überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Diejenigen, die noch arbeiten können, erfüllen immer noch die Funktion eines Hilfsarbeiters, fast genauso wie vor 40 Jahren, als sie als an- und ungelernte ArbeiterInnen angeworben wurden. D. h. je mehr für Berufsbereiche höhere Fachqualifikationen (und höhere Löhne!) typisch werden, desto stärker sinkt dort der Anteil der ImmigrantInnen. Und dies trotz der Tatsache, daß verhältnismäßig mehr qualifizierte Menschen aus MigrantInnenfamilien auf den Arbeitsmarkt drängen.

- Bei dem öffentlichen Dienst, wobei der Staat zur Verbesserung der Lebenslage dieser Menschen ein Instrument zur Verfügung hatte, sind Menschen nichtdeutscher Herkunft weitgehend unterdurchschnittlich beschäftigt. Wenn überhaupt, dann nur in schlecht bezahlten, von den "deutschen" KollegInnen nicht angenommen Arbeitsfeldern, wie Reinigung, Küchenhilfen, Gartenarbeit etc.

- Obendrein werden sie als Gefahr der "inneren Sicherheit" angesehen, so daß gegen sie eine Art "Gefahrenabwehrpolitik" betrieben wird. Oft werden sie zu wahlpolitischen Zwecken als Sündeböcke mißbraucht, somit zur offenen Zielscheibe für militant-rassistische Angriffe gemacht.

Trotz verkehrten, negativen Zustände liegen zu einer wahren, gleichberechtigten Integration einige Ansätze auch vor. Diese Menschen, von denen hier die Rede ist, nehmen hier seit 40 Jahren am bremischen Leben in jeder Hinsicht teil. Also sind sie gewissermaßen "integriert", so daß hier zumindest von einem "Nebeneinander" gesprochen werden kann. Es ist mehr als deutlich geworden, daß diese Menschen hier zu Hause sind. Trotz alledem haben sich etwa 6.500 Nichtdeutsche (etwa 8% derer) einbürgern lassen. Und es wird immer mehr. Trotz alledem setzen sie also Zeichen ihrerseits. Nun kommt es darauf an, diese Zeichen endlich ernst zu nehmen, Lösungsansätze zur gleichberechtigten Aufnahme dieser Menschen in die bremische Gesellschaft in die Wege zu leiten.

Zeki Alptekin

Erinnerungs- und Mahnstätte in Papenburg

Aufgrund einer Einladung der Emsland-lager-Gemeinschaft habe ich mit Freunden am 9. Mai eine Fahrt nach Papenburg gemacht und das dortige "Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ)" besucht. Dort ist die Geschichte der 15 Konzentrations-, Kriegsgefangenen- und Arbeitslager im Emsland sehr eindrucksvoll in Bildern, Schriften und Materialien dargestellt und zeigt authentisch die Greueltaten des Nazi-Regimes auf.

Über 80.000 KZ-Häftlinge und Strafgefangene und bis zu 180.000 Kriegsgefangene waren dort unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Fast 40.000 wurden zu Tode geprügelt, willkürlich erschossen oder starben an Erschöpfung und Hunger. Im Lager "Börgermoor" entstand das Lied "Wir sind die Moorsoldaten". Als wohl bekanntester Nazi-Gegner war Carl von Ossietzky dort inhaftiert. Sehr beeindruckt haben wir das DIZ verlassen. Wer die Möglichkeit hat, sollte sich die Ausstellung unbedingt ansehen.

Friedel Becker

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Geb.-Datum _____

Beruf _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Imperialistische Zukunftsvisionen

Mit einer unerträglichen Kriegspropaganda der NATO wird den Menschen hierzulande und anderswo klargemacht, daß es nur einen Verantwortlichen für den Krieg in Jugoslawien gibt, nämlich Slobodan Milosevic. Um die anhaltenden Bombardierung Jugoslawiens zu legitimieren, sind den Verantwortlichen alle Mittel recht. Die Spannweite der Rechtfertigungspalette für die Bombardierung geht von einem nicht für möglich gehaltenen Irrationalismus, indem man Milosevic dämonisiert und zum Tyrannen erklärt - selbst vom Tyrannenmord war schon die Rede - , bis hin zu fast schon an Revisionismus erinnernden Vergleichen mit dem Faschismus des NS-Staates.

Jeder Form des Widerstandes gegen diesen Angriffskrieg wird rigoros mit Diffamierung und übelster Verleumdung begegnet. Denn wer gegen diesen Krieg ist, ist in der Logik der Kriegstreiber für Milosevic und seinen nationalistischen Anhang.

Immer wieder wird einem vorgegaukelt, daß es sich nicht um einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat, sondern um eine "humanitäre Aktion" handelt, die einen Genozid in Europa verhindern will. Daß dem nicht so ist, belegt u. a. die inhumane Abschiebepraxis von Flüchtlingen aus dem Kosovo bis in den März dieses Jahres sowie die Untätigkeit der NATO in Bezug auf die brutale Kurdenverfolgung in der Türkei.

Die wirklichen Gründe für den Krieg werden keineswegs verschwiegen, nur diplomatisch formuliert: "Der Krieg folgt nun unerbittlich dem Ziel, daß Milosevic kapituliert. Gewinnt die NATO aber nicht, dann verliert sie jede Autorität. 'Die Diktatoren in aller Welt', sagt ein Berater von Außenminister Fischer, 'schauen sehr genau auf diesen Krieg'." (Spiegel 15/99) Damit dürfte auch für zukünftige Einsätze der NATO unter deutscher Beteiligung gesorgt sein.
Es geht hier also um die Demonstration der Macht des Militärbündnisses, und Europa schickt sich an, in Zukunft auch eigenständig militärisch intervenieren zu wollen, da man lang genug auf die Hilfe der USA angewiesen ist. So ist sich der Außenminister Joschka Fischer während des Treffens der Verteidigungs- und Außenminister der Westeuropäischen Union (WEU) in Bremen sicher, daß "(...) von der Entwicklung des Kosovo-Konflikts (...) ein Impuls in Richtung eines stärkeren Zusammengehens der Europäer in der Außenpolitik und eines stärkeren Bewußtseins europäischer Interessen und Werte ausgeht. (...) Europa braucht glaubwürdige Fähigkeiten für ein einheitliches Krisenmanagement." (WK 11.05.) Mit anderen Worten, man will mit dem militärischen Ausbau der WEU den USA Konkurrenz als Weltpolizist machen.

Gegen diese imperialistischen Zukunftsvisionen gilt es Widerstand zu leisten.

Jens

An die Dichter

Wir Dichter haben viel zu lang mit kleinem Schicksal uns gebrüstet. Wenn uns im Wald der Vogel sang, wenn Sehnsucht unser Herz umschlang, dem's wohl nach einem Weib gelüstet - dann hielt die Welt den Atem ein, zu lauschen unserm sanften Liedern, wärmt' sich an unserm Sonnenschein und ließ die Mädchen herzlos sein, die unsre Liebe nicht erwidern.
Genug geschwärmt! Genug geträumt! Genug Weidenrohr geflötet! Steht euer Dichtroß nicht gebäumt, und Brand die Horizonte rötet? Die Menschheit schluchzt in Tod und Gram. - Zerreißt der Lauten Saiten, Dichter, von denen nie ein Weckruf kam! Verfällt in Reue und in Scham vor Gott und Welt die Angesichter! Doch spürt ihr je die alte Glut von neuem - laßt das zage Stöhnen! Kein Jammern macht Versäumtes gut. Ruft auf die Welt zum besten Mut, zur Liebe ruft sie, zum Versöhnen! Schwört aller Menschheit euern Eid, der Menschheit, die ihr stets gemieden - mit ihr zu sein in Not und Leid! Nicht Sternerwandler - Menschen seid! Und eure Lieder singt dem Frieden!
(aus dem Jahre 1916)

Erich Mühsam 1878-1934, im KZ Oranienburg ermordet

Niederlage für den VDSt

Es ist eine schöne Niederlage für den Verein Deutscher Studenten (VDSt) in Bremen. Denn laut dem Urteil des Verwaltungsgerichts in Bremen darf der VDSt als "rassistisch", "nationalistisch" und "völkisch orientiert" bezeichnet werden.

In der Zeitschrift des VDSt-Bremen werde den "ideologischen Vorreitern des Nationalsozialismus gehuldigt und ein 'antidemokratischer Ruf nach Diktatur' transportiert". Dies ist in der neusten Ausgabe des "Rechten Randes" zu lesen.

Gleichzeitig ist es ein Erfolg für den AstA der Uni Bremen, denn die Richter bestätigten, "daß eine Abgabe von Werturteilen zu hochschulpolitischen Verbänden und Korporationen sehr wohl zu den Aufgaben des AstA gehören würde."

Gerold

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Juni 1999

Lore	Buchholz	02.06.,	72 J.
Ingrid	Emmenecker	08.06.,	61 J.
Rudi	Sonnet	11.06.,	77 J.
Hermann	Gautier	25.06.,	79 J.
Marta	Minder	27.06.,	75 J.
Ingeborg	Breidbach	27.06.,	71 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand